

Weitere Rücktritte bei Implen

Der Chef des Baukonzerns wird heftig kritisiert, weil er den neuen Präsidenten gleich selbst vorgeschlagen hat. Drei weitere Verwaltungsräte werden auf die nächste Generalversammlung hin demissionieren.

Benita Vogel

Der abrupte Abgang des Implen-Präsidenten vor zehn Tagen sorgt für weitere Kritik. Corporate-Governance-Experten bemängeln, dass der Nachfolger vom Implen-Chef selber portiert wurde. Wie Aktionäre bestätigen, hat Anton Affentranger seinen früheren Arbeitskollegen Hans-Ulrich Meister als Präsidenten vorgeschlagen. Die beiden arbeiteten in den 1990er-Jahren bei der damaligen Bank SBG (heute UBS) im Firmenkundengeschäft zusammen.

«Der Präsidentenentscheid darf nicht beim CEO liegen. Dieser sollte bei börsenkotierten Unternehmen bei der Präsidentenrekutierung maximal konsultativ beigezogen werden», sagt Silvan Felder, der mit seiner Firma Verwaltungsrat Management Verwaltungsräte berät. Ein Präsident in Gnaden des Chefs sei heikel und ein Corporate-Governance-Risiko.

Auch gemäss Ethos-Präsident Dominique Biedermann ist es unüblich, dass der Chef einen Präsidenten präsentiert. «Das liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrats», so der Corporate-Governance-Spezialist. Denn ein solcher Präsident wäre nicht unabhängig. Es stelle sich die Frage, wie gut ein Präsident, einen CEO, den er gut kenne, kontrollieren könne. «Es ist heikel, wenn der Präsident nicht unabhängig ist», so Biedermann. Eine Wahlempfehlung könne Ethos noch nicht abgeben. «Aber wir werden genau prüfen, wie es mit der Unabhängigkeit des vorgeschlagenen Implen-Präsidenten steht.»

Aus Implen-Sicht gibt es da freilich nichts zu prüfen. «Hans-Ulrich Meister ist unabhängig», sagt ein Sprecher. Alles andere sei haltlose Spekulation. Dass Affentranger bei der SBG in den 1990er-Jahren der Chef von Meister war, ändert an Implens Haltung offenbar nichts.

Nicht nur der Präsidentenwechsel gibt zu Fragen Anlass, wie es um Implens Corporate Governance steht, sondern auch die Gesamtzusammensetzung des Gremiums. Dieses wird ab Frühling praktisch ganz neu aufgestellt sein. Neben dem Präsidenten zieht sich Vizepräsident Hans-Beat Gürtler zurück. Und auch die Mitglieder Chantal Balet Emery und Patrick Hünerwadel demissionieren auf die Generalversammlung hin. Der Know-how-Verlust ist damit enorm. Vier



Die sich abkühlende Baukonjunktur drückt künftig auf die sonst schon dünnen Margen: Silos von Implen in Oberentfelden. Foto: Andy Müller (Freshfocus)



A. Affentranger.



H.-U. Meister.

von ursprünglich sechs Mitgliedern gehen. Im Gremium verbleiben Calvin Grieder, seit drei Jahren dabei, und Henner Mahlstedt, der erst seit letztem Frühling im Rat sitzt. Die Ersatzkandidaten hat Implen bereits bestimmt. Darunter soll ein Bauingenieur aus Norwegen sein. Auch eine Frau werde im neuen Gremium wieder vertreten sein. Implen sagt dazu nur, dass sich die Zusammensetzung des Verwaltungsrats

weiter verändern werde. Dabei solle die Markt- und Industriekompetenz des Gremiums gestärkt werden. Entsprechende Beschlüsse des Verwaltungsrats stünden bevor, so der Sprecher.

Gemäss Implens Grossaktionär Max Rössler ist der Abgang der vier Verwaltungsratsmitglieder seit längerem geplant. Nicht alle hätten mit dem Machtkampf zwischen Verwaltungsrat und Chef Affentranger zu tun. Auffällig bleibt trotzdem, dass drei der vier demissionierenden Räte nur wenige Jahre im Gremium sassen. Gemäss mehreren Quellen ging es im Konflikt auch nicht nur um die Umgangsformen eines nach Macht strebenden CEO, der sich bei Mitarbeitern und Kunden im Ton vertan haben soll. Viel mehr hätten auch für das Unternehmen substantielle Themen immer wieder zu Fragen und Diskussionen geführt. Implen sagt dazu nur, die Ver-

änderungen im Verwaltungsrat hätten nichts mit dem operativen Geschäft von Implen zu tun.

In die Position gerutscht

Klar ist, Chef Affentranger kann das Unternehmen künftig noch stärker unter seine Fittiche nehmen. Dem Verwaltungsrat mit lauter Neulingen und einem regelmässig wechselndem Management ist er als Chef und früherer Präsident haushoch überlegen.

Dabei kam der ehemalige Finanzmann eher durch zufällige Umstände in eine Führungsposition in der Baubranche. Nach seinem Gastspiel als Roche-Finanzchef rutschte er Anfang der Nulljahre beim damaligen Baukonzern Zschokke als Interimspräsident nach, weil der ordentliche Präsident krankheitsbedingt ausfiel. Der gewiefte Stratege Affentranger übernahm 2003 den

Präsidentensessel definitiv und landete mit der Fusion von Zschokke und Konkurrentin Batigroup zu Implen zwei Jahre später einen Coup.

Seither weibelt er im Baukonzern als Vizepräsident, Präsident oder Chef. Das CEO-Amt bekleidet er seit vier Jahren. Die Investoren waren mit Affentranger meist zufrieden. Die boomende Baukonjunktur und Implens Akquisitionen im Ausland beflügelten den Aktienkurs.

Ob die Zufriedenheit anhält, muss sich zeigen. Der Kauf des Baugeschäfts von Bilfinger vor gut einem Jahr ist nicht einfach zu verdauen. Die sich abkühlende Baukonjunktur drückt künftig auf die sonst schon dünnen Margen. Und allfällige Verluste von Bauprojekten, die nicht rentieren, können nicht mehr so einfach durch neuen Umsatz kompensiert werden, weil die Auftragsakquise immer schwieriger wird.

Drei Schiffe werden kommen

Der Iran beilt sich, nach dem Ende der Sanktionen Erdöl nach Europa zu verkaufen. Die ersten Tanker sind unterwegs.

Paul-Anton Krüger

Kairo

Mit zwei Millionen Barrel Öl an Bord ist am Montag der Supertanker Atlantis von einem Öltanker auf der Insel Kharg aus mit Kurs Europa in See gestochen. Es war die erste Lieferung aus dem Iran seit Aufhebung der Sanktionen Mitte Januar. Bestimmt ist sie für den französischen Ölkonzern Total. Eine weitere Million Barrel für die spanische Cepsa sollte am Dienstag an Bord der Monte Toledo folgen, die gleiche Menge hat die russische Litasco geordert, eine Tochterfirma des Staatskonzerns Lukoil. Dieses Öl ist laut der Nachrichtenagentur Bloomberg für rumänische Raffinerien bestimmt, die Disty Akula wird gerade noch beladen. Einen langfristigen Liefervertrag hat auch die grösste griechische Raffinerie Hellenic Oil mit dem Iran geschlossen - allerdings schuldet sie den Iranern noch eine halbe Milliarde Dollar von Geschäften vor den Sanktionen.

Der Iran war nach seinem regionalen Rivalen Saudi Arabien der zweitgrösste Produzent des Opec-Kartells, bevor die EU im Atomstreit im Jahr 2012 die Sanktionen verschärfte und der Iran in Europa seinen bis dahin wichtigsten Markt verlor. Kunden in Asien, vor allem China

und Indien, versorgten sich weiter in der Islamischen Republik. Etliche Länder kauften aber wegen der extraterritorial wirkenden US-Sanktionen weniger iranisches Öl.

Viele der Tanker dienten als schwimmende Lager. Der Iran wollte so vermeiden, Quellen stilllegen zu müssen, da sich diese oft nur mit grossem Aufwand wieder in Betrieb nehmen lassen. Der Iran soll deswegen bis zu 30 Millionen Barrel Öl gehortet haben. Jetzt sollen Tanker diese Fracht möglichst schnell an die Abnehmer bringen.

Kampf um Marktanteile

Die iranische Regierung will die Produktion von derzeit etwa 2,7 Millionen Barrel pro Tag bis Jahresende um etwa 1 Million steigern, unabhängige Analysten halten eher 500 000 bis 600 000 Barrel für realistisch. Die Regierung in Teheran will zunächst vor allem verlorene Marktanteile zurückgewinnen und versucht deswegen am Markt Konkurrenten wie Saudi Arabien zu unterbieten. Total etwa hatte nach dem Besuch des iranischen Präsidenten Hassan Rohani in Paris einen Vertrag abgeschlossen, mit dem es pro Tag 160 000 Barrel vom Iran bezieht. Die Firma war 2010 vom damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy gezwungen worden, ihr umfangreiches Engagement im Iran auf Eis zu legen, etwa bei der Erschliessung des weltweit grössten Gasfelds im Persischen Golf, das im Iran unter dem Namen South Pars bekannt ist. Ganz verlassen hat Total das Land aber nie. Der Iran hofft, mit den Einnahmen seinen angespannten

Staatshaushalt aufzubessern. Das Budget, das Präsident Rohani für das am 21. März beginnende Jahr vorgelegt hat, soll sich allerdings nur zu knapp 25 Prozent aus Öleinnahmen speisen. Zugleich muss das Land viel Geld für die oft veraltete und marode Gas- und Ölinfrastruktur und die Erschliessung neuer Felder aufbringen. Experten schätzen den Investitionsbedarf auf Hunderte Milliarden Dollar. Im Dezember hat der Iran Projekte für 30 Milliarden Dollar ausgeschrieben. Das Land hat wie Saudi Arabien zwar niedrige Förderkosten, so dass es auch beim jetzigen Ölpreis um die 30 Dollar Profite macht. Ob aber internationale Konzerne gewillt sind, in diesem Marktumfeld Milliarden im Iran zu investieren, muss sich erst zeigen. Sie haben andernorts schon die Investitionen gekürzt.

Auf längere Sicht hofft Teheran, zumindest wieder alle grossen europäischen Firmen ins Land zu locken wie Royal Dutch Shell oder die italienische Eni. Die Ölproduktion soll dann auf bis zu 6 Millionen Barrel pro Tag gesteigert werden. Allerdings rechnen sowohl die grossen Ölfirmen als auch unabhängige Analysten damit, dass der Ölmarkt weiter volatil und die Preise noch eine Weile niedrig bleiben werden. Der Produktionsüberschuss beläuft sich derzeit noch immer auf mehr als 2 Millionen Barrel pro Tag. Die Nachfrage stagniert, und die Opec - vor allem Saudi Arabien - zeigt sich bislang wenig geneigt, den Forderungen des Iran nachzugeben, seine eigene Produktion zu drosseln, während Teheran sie wieder hochfährt.

Ölförderung

Iran unterstützt Drosselung

Der Iran befürwortet das Abkommen zur Begrenzung der Ölfördermengen von Doha. Sein Land unterstütze alle Bemühungen der Opec- und Nicht-Opec-Staaten, den Markt und die Preise zu stabilisieren, sagte der iranische Ölminister Bijan Zanganeh am Mittwoch. Dies sei nur ein erster Schritt, weitere sollten folgen. Der Minister war zuvor mit seinen Kollegen aus dem Irak, aus Venezuela und Katar zusammengekommen. Russland, Saudi Arabien, Katar und Venezuela hatten sich darauf verständigt, die Produktion auf dem Januarniveau einzufrieren.

Zuvor gab es Signale, dass der Iran die eigene Ölförderung weiter steigern will. «Vom Iran zu verlangen, seine Ölfördermenge einzufrieren, ist unlogisch», zitierte die iranische Tageszeitung «Shargh» einen iranischen Opec-Gesandten. Dem Bericht zufolge forderte er andere Ölförderländer, die ihre Produktion seit 2011 hochgefahren haben, auf, diese wieder zu reduzieren.

Die Unsicherheit über die Entwicklung des Ölpreises hat am Mittwoch auch den Investoren an den asiatischen Börsen die Kauflaune verdorben. Viele Händler setzen nicht mehr darauf, dass es gelingt, die Produktion zu kappen und damit den Preis zu stabilisieren. Selbst wenn die Vereinbarung von Doha umgesetzt würde, würde sie das kurzfristige Problem des Überangebots nicht lösen, schreiben Analysten der Credit Suisse. Denn die Produktion würde lediglich auf einem Niveau knapp unter der Rekordhöhe eingefroren, was deutlich über der aktuellen Nachfrage liege. (SDA)

Glencore-Aktien machen Boden gut

Die vorzeitige Erneuerung eines milliardenschweren Kreditrahmens hat das Unternehmen Glencore am Mittwoch auf ein Dreieinhalb-Monats-Hoch gehievt. Die Aktien des Minenkonzerns und Rohstoffhändlers stiegen um 16,56 Prozent auf 120 Pence. Im Jahr 2015 hatten die Papiere an der Börse rund 70 Prozent verloren.

Das Bergbau- und Handelsunternehmen erhielt von Banken Zusagen für einen neuen Kreditrahmen im Gesamtvolumen von 8,4 Milliarden Dollar, beschränkte sich zunächst jedoch auf einen Dispo in Höhe von 7,7 Milliarden Dollar. Die neue Vereinbarung ersetzt den bisherigen Kreditrahmen von insgesamt 8,45 Milliarden Dollar.

Glencore kämpft mit einem der grössten Schuldenberge in der Branche: Rund 30 Milliarden Dollar sind angehäuft worden. In den vergangenen Monaten hatte der Verfall der Rohstoffpreise Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Unternehmens geschürt und die Aktien wiederholt zum Absturz gebracht. Binnen Jahresfrist büsste Glencore rund zwei Drittel seines Börsenwertes ein.

Vor zwei Wochen senkte die Ratingagentur Standard & Poor's die Note für die Kreditwürdigkeit des Konzerns auf BBB-. Bei einer weiteren Herabstufung verlieren die Glencore-Anleihen das Gütesiegel «Investment Grade».

An der Finanzierungsrunde beteiligen sich eine Reihe von Banken, unter ihnen ABN Amro, Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ und HSBC. (Reuters)